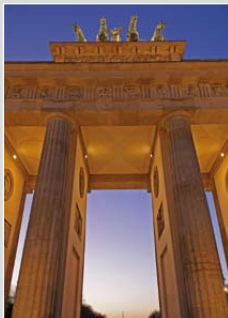


Arbeitsplätze
Frieden
Freiheit
Euro
Bildung
Landwirtschaft
Sicherheit
Umweltschutz
Zur Sache: Europa
Wettbewerb
Versorgungssicherheit
Verbraucherschutz

CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament





Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

die europäische Einigung ist eine einzigartige Erfolgsgeschichte. Seit über 50 Jahren bringt sie immer mehr Ländern Europas Frieden, Freiheit, Wohlstand und Sicherheit. Die letzten Monate haben gezeigt, dass es nur mit gemeinsamem europäischen Handeln gelingen kann, die globale Finanzmarktkrise zu bewältigen und eine langanhaltende Rezession zu verhindern.

Wir sind überzeugt: Die Europäische Union ist die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Sicherung unseres Wohlstands, Migration, Klimawandel, Energiesicherheit und neue Bedrohungen unserer Sicherheit. Nur gemeinsam können die europäischen Staaten die Interessen ihrer Bürger in dieser globalen Ordnung wirkungsvoll vertreten.

Europa braucht eine gute Vertragsgrundlage, eine stabile Währung, einen funktionsfähigen Binnenmarkt, Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze, innere und äußere Sicherheit sowie größeres Gewicht in der Welt. Für diese Ziele werden wir uns auch in Zukunft in Europa einsetzen.

Ihre CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament

Inhalt

Über uns	4
Das Europäische Parlament – Wichtig für die Zukunft Europas	6
Europa wächst zusammen	8
Der Binnenmarkt – Europas Antwort auf die Globalisierung	10
Der EURO – Garant für Stabilität und Wachstum	12
Für Sparsamkeit und Effizienz	13
Für mehr Bürgernähe und Transparenz ..	14
Energie – sicher, sauber, sozial	16
Klima und Umwelt schützen – Schöpfung bewahren	17
Zuwanderung mit Augenmaß	18
Für eine leistungsfähige Landwirtschaft	20
Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts	22
Forschung fördern – Werte achten	24
Bessere Bildung – Bessere Chancen	26
EU-Bildungsprogramme im Überblick ...	28
Generationengerechtigkeit	29
Weitere nützliche Internetadressen	30
Impressum	33



Über uns

Die CDU/CSU-Gruppe ist mit 49 von insgesamt 99 deutschen Europaabgeordneten die stärkste nationale Delegation im Europäischen Parlament.

Als Teil der EVP-ED-Fraktion, die mit 287 Abgeordneten aus den 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union die größte des Parlaments ist, arbeitet die CDU/CSU-Gruppe beharrlich und erfolgreich am Aufbau der Europäischen Union mit. Seit Anfang 2007 steht mit Hans-Gert Pöttering ein Mitglied der CDU/CSU-Gruppe als Präsident an der Spitze des Europäischen Parlaments.

Die CDU/CSU-Abgeordneten setzen sich für ein geeintes, offenes, vielseitiges und menschliches Europa der Werte ein. Für uns ist die Europäische Union nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft, die auf der christlich-abendländischen Kultur unseres Kontinents beruht.

Unsere Politik gibt Antwort auf die Bedürfnisse der Menschen: sichere Arbeitsplätze, Schutz vor Kriminalität, hoher Verbraucherschutz, eine saubere Umwelt.

Wir verstehen die Europäische Union als eine Kultur- und Wertegemeinschaft, die sich dem europäischen, maßgeblich durch das Christentum und die Aufklärung beeinflussten Menschenbild verpflichtet sieht.



Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel mit Mitgliedern der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament bei einem der regelmäßig stattfindenden Gespräche.



IM INTERNET

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament

www.cdusu.eu

Die EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament

www.evp-ed.eu

Die Europäische Volkspartei (EVP)

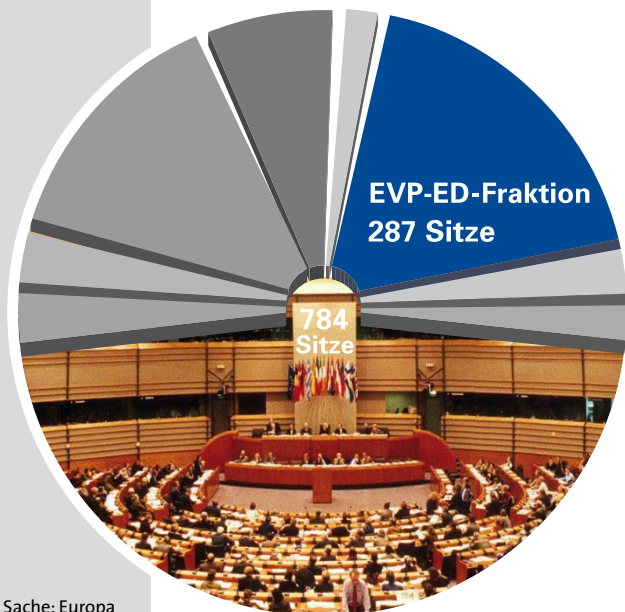
www.evp.eu



Das Europäische Parlament – Wichtig für Europas Zukunft

Das Europäische Parlament ist durch die beachtliche Ausweitung seiner Rechte zu einem entscheidenden Machtfaktor in der Europäischen Union geworden.

Die Abgeordneten entscheiden wesentlich über die künftige Richtung der europäischen Politik und die Führung der Europäischen Union mit.





José Manuel Durão Barroso, Präsident der Europäischen Kommission, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, Dr. Hans-Gert Pöttering, Präsident des Europäischen Parlaments

Eine starke CDU/CSU-Gruppe und damit eine starke EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament sind eine wichtige Voraussetzung, um die über fünfzigjährige Erfolgsgeschichte der europäischen Einigung fortzuschreiben.

Wir stehen für so viel Freiheit wie möglich, so wenig Regelung wie nötig, für soziale und ökologische Verantwortung, für kluge nationale und europäische Interessenwahrnehmung und Professionalität in europäischen Fragen. Dieses Modell setzen wir der sozialistischen Vorstellung eines zentralistischen Europas der Bevormundung und Umverteilung entgegen.

Wir treten für ein Europa mit größerem internationalen Gewicht, für eine stabile Währung, für zukunftsorientiertes Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze in Deutschland und Europa sowie für eine sichere und gefestigte Union in Europa ein.



Belgien



Bulgarien



Dänemark



Deutschland



Estland



Finnland



Frankreich



Griechenland



Irland



Italien



Lettland



Litauen



Luxemburg



Malta

Europa wächst zusammen

Die bisherigen Erweiterungsrounden der Europäischen Union haben die Zone der Stabilität ausgeweitet und Deutschland politischen und wirtschaftlichen Nutzen gebracht.

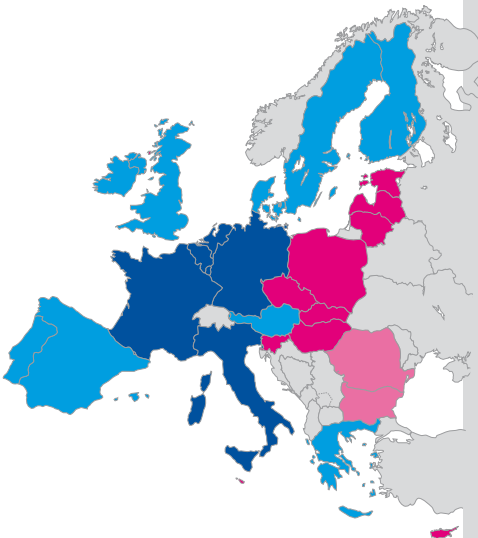
Allerdings hat die Erweiterung der EU von 15 auf 27 Mitgliedstaaten großer Anstrengungen bedurft. Die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament treten daher für eine Phase der Konsolidierung ein. Die Festigung der Identität und der Institutionen der Europäischen Union muss jetzt Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben.









Die Vollmitgliedschaft in der Europäischen Union kann nicht in jedem Fall die einzige Antwort auf den Wunsch nach einer europäischen Perspektive sein. Für den Beitritt zur Europäischen Union ist die Erfüllung des Kriteriums der Aufnahmefähigkeit der Europäischen Union ebenso wichtig wie die vollständige Erfüllung aller politischen und wirtschaftlichen Kriterien durch die Bewerberländer.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament hat deshalb immer Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrem Ziel, eine besondere („privilegierte“) Form der Partnerschaft mit der Türkei anzustreben, unterstützt.

Die Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union, so wie dies von einzelnen Mitgliedstaaten, aber auch von der SPD und den Grünen betrieben wird, würde auf absehbare Zeit Europa überfordern. Deshalb lehnen die CDU/CSU-Europaabgeordneten eine Vollmitgliedschaft der Türkei ab und plädieren für eine privilegierte Partnerschaft.

- *Gründungsmitglieder seit 1957*
- *1973 - 2004: beigetretene Staaten*
- *2004: beigetretene Staaten*
- *2007: beigetretene Staaten*



- Niederlande 
- Österreich 
- Polen 
- Portugal 
- Rumänien 
- Schweden 
- Slowakei 
- Slowenien 
- Spanien 
- Tschechische Republik 
- Ungarn 
- Vereinigtes Königreich 
- Zypern 



Der Binnenmarkt – Europas Antwort auf die Globalisierung

Der Europäische Binnenmarkt mit fast 500 Millionen Verbrauchern trägt entscheidend zum Wohlstand und zum Erfolg der Wirtschaft in Deutschland bei.

Der Europäische Binnenmarkt führte seit seiner Gründung zur Zunahme des europäischen Handels, zu Produktivitätssteigerung und zur Verringerung der Kosten und trägt so zu Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze bei.

Die Europäische Union mit 27 Mitgliedstaaten ist politisch und wirtschaftlich ein „Global Player“ und ein starker Akteur bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung. Wir wollen einen gerechten Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft durchsetzen und die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiter stärken.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament setzt sich für eine unbürokratische Ausgestaltung des Binnenmarktes ein. Besonders der Mittelstand ist auf die Entlastung von Bürokratie angewiesen. Wir lehnen daher eine weitere Verschärfung der europäischen Antidiskriminierungsrichtlinie ab.

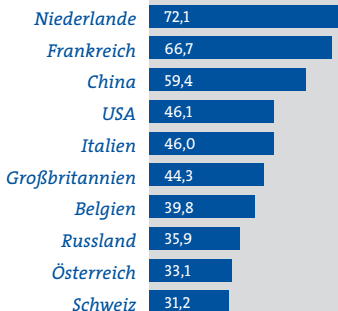
Wir setzen uns für eine international abgestimmte Wettbewerbsordnung und die Durchsetzung weltweiter Standards zum Schutz des geistigen Eigentums ein. Nur so kann in Europa Wohlstand und Sicherheit für die Menschen erhalten werden.

Eine europäische Mindestlohnpolitik, die von dem linken Spektrum des Parlaments gefordert wird, lehnen die CDU/CSU-Abgeordneten im Europäischen Parlament ebenfalls ab. Wir sind gegen eine flächendeckende Einführung von Mindestlöhnen, da die EU auf diesem Gebiet keine Kompetenzen hat.

Die in Deutschland bewährte Tarifautonomie darf nicht durch einen europäischen Mindestlohn ausgehebelt werden. Die Einführung von Mindestlöhnen muss allein Sache der Mitgliedstaaten bleiben.

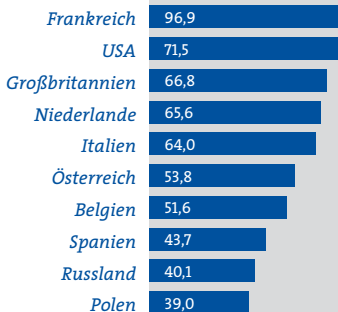
EINFUHR

Deutschlands größte Lieferanten



AUSFUHR

Deutschlands größte Kunden



Alle Angaben für 2008
in Milliarden Euro

Quelle: Stat. Bundesamt



Der EURO – Garant für Stabilität und Wachstum

Vor zehn Jahren haben 12 EU-Mitgliedstaaten eine gemeinsame Währung, den Euro, eingeführt. Heute wird in 16 Staaten der EU mit dem Euro gezahlt.

Der Euro entfaltet eine große Anziehungskraft über den Euroraum hinaus und ist nach dem US-Dollar die zweitwichtigste Reservewährung der Welt.

Nur eine stabile Währung schafft Vertrauen und sichert Wohlstand. Der Euro hat sich als Bollwerk erwiesen, das die negativen Entwicklungen der Finanzmarktkrise abgeschwächt hat. In einem Europa mit vielen einzelnen Währungen hätten Währungsspekulationen diese Krise zusätzlich verschärft.

Der Stabilitäts- und Wirtschaftspakt hat sich bewährt und muss auch in Zukunft aufrechterhalten bleiben. Nur er kann dem Euroraum die notwendige Zuverlässigkeit geben.

Die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament spricht sich gegen eine Aufweichung der Kriterien und gegen die jüngsten Forderungen nach einer europäischen Wirtschaftsregierung aus.

Die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihre klare Ausrichtung auf Stabilität, die Maastrichter Stabilitätskriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt müssen die Grundpfeiler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion bleiben.

Für Sparsamkeit und Effizienz

Die Finanzierung der Europäischen Union muss gerecht geregelt werden.

Wir setzen uns daher für ein grundlegend reformiertes Finanzierungssystem ein, das sich an der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedstaaten orientiert. Beitragsgerechtigkeit heißt, dass es für einzelne Staaten keine Sonderregeln geben darf.

Wir wollen den Einsatz der Finanzmittel der Europäischen Union gezielter, effizienter und zukunftsorientierter gestalten. Das Europäische Parlament muss in seiner Kontrollfunktion gegenüber der Kommission gestärkt werden. Nur so können überbordende Bürokratie, Misswirtschaft, Schlamperien und Betrugereien eingeschränkt und bekämpft werden. Die Ausgaben müssen noch besser kontrolliert werden. CDU und CSU treten daher für ein starkes Parlament ein, das im Interesse des europäischen Steuerzahlers seine Kontrollmöglichkeiten ausschöpft.

Eine EU-Steuer lehnen wir strikt ab. Die Europäische Union darf keine eigenen Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhalten.

Wir kämpfen gegen missbräuchliche Verwendung von EU-Mitteln und für die konsequente Ahndung von Korruption.



Für mehr Bürgernähe und Transparenz

Um im gemeinsamen Interesse aller Europäer Fortschritte zu erzielen bildet das Prinzip der Subsidiarität die Grundlage unserer Politik.

Nach dem Subsidiaritätsprinzip darf die Europäische Union nur da tätig werden, wo die einzelnen Mitgliedstaaten, Regionen oder Kommunen die gewünschten Ziele nicht alleine erreichen können.

Daher ist es notwendig, dass die bereits vereinbarten institutionellen Reformen des EU-Vertrags von Lissabon bald umgesetzt werden können. Die Aufgabenverteilung zwischen der EU, den Mitgliedstaaten, den Regionen und Kommunen muss bei künftigen EU-Vertragsänderungen gemäß dem Subsidiaritätsprinzip überprüft werden. Dabei darf es auch kein Tabu sein, bestimmte Aufgaben von der europäischen Ebene wieder auf die Nationalstaaten zurückzuverlagern, wenn sie dort besser erfüllt werden können.



Wir wollen, dass Entscheidungen in der EU transparenter werden und setzen und für eine klare Kompetenzabgrenzung zwischen der EU und den Mitgliedstaaten ein.

Eine wichtige Voraussetzung für Transparenz ist, dass jeder EU-Bürger die Möglichkeit hat, alle Dokumente, die die EU hervorbringt, in seiner jeweiligen Muttersprache lesen zu können. Wir setzen uns daher dafür ein, die ungerechtfertigte Benachteiligung der deutschen Sprache im europäischen Arbeitsalltag zu beenden.

IM INTERNET

Den vollständigen Text des Vertrags von Lissabon sowie eine Zusammenfassung der Inhalte finden Sie hier: www.cducsu.eu/content/view/4623/3/



Energie – sicher, sauber, sozial

In der Energiepolitik sind zunehmend außen- und sicherheitspolitische Anforderungen zu berücksichtigen. Die EU muss deutlich stärker als bisher gemeinsam auftreten, insbesondere um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Energieversorgungssicherheit und auf Dauer bezahlbare Energiepreise müssen gleichberechtigt neben der Umweltverträglichkeit an die Spitze der energiepolitischen Agenda rücken. Wohlstand, soziale Balance, Sicherheit und Freiheit hängen stärker denn je davon ab.

Eine Stärkung des Energiebinnenmarktes in der EU verspricht erhebliche Wettbewerbsimpulse und Preisvorteile für die Verbraucher. Die CDU/CSU-Europaabgeordneten unterstützen deshalb die Bemühungen der EU-Kommission zur Stärkung des Wettbewerbs. Wir treten jedoch für eine Regulierung ohne Eingriffe in die Eigentumsordnung ein.

Europäische Energiepolitik stärken.

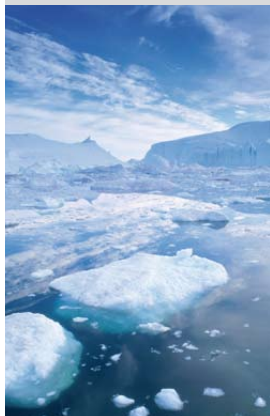
Klima und Umwelt schützen – Schöpfung bewahren

Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine wichtige ökonomische und politische Herausforderung für die kommenden Jahre.

Der Klimawandel ist ein globales Problem, das lokal nicht zu lösen ist. Europa hat in dieser Diskussion eine internationale Vorreiterrolle übernommen, um Lösungswege aufzuzeigen und geeignete Maßnahmen zu initiieren.

Das EU-Klimaschutzprogramm ist maßgeblich von der deutschen Bundesregierung unter Führung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gestaltet worden. Die Europäische Union hat sich ehrgeizige Ziele für die Reduzierung des Treibhausgasausstoßes sowie für mehr Energieeffizienz gesetzt: Bis 2020 sollen die klimaschädlichen Emissionen um 20 Prozent reduziert und die Energieeffizienz um 20 Prozent erhöht werden.

Der Anteil alternativer Energien soll ebenfalls auf 20 Prozent steigen. Nachhaltiger Klimaschutz kann nur international gelingen. Deswegen wollen wir, dass die Europäische Union ihre Ziele erfolgreich umsetzt und damit ihre internationale Rolle beim Klimaschutz bekräftigt.



*Klima schützen, aber
nicht auf Kosten der
Wettbewerbsfähigkeit
der europäischen Wirtschaft.*

Zuwanderung mit Augenmaß

Voraussetzung für weitere legale Zuwanderung in die Europäische Union ist nach Auffassung der CDU/CSU- Abgeordneten die erfolgreiche Bekämpfung illegaler Migration.

Die enge Verknüpfung von Migration und Integration ist dabei zwingend notwendig. Klar ist aber auch, dass Menschen, die sich nicht rechtmäßig in der Europäischen Union aufhalten, grundsätzlich in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen. Auf Betreiben der CDU/CSU-Gruppe und gegen zum Teil heftigen Widerstand der Linken hat das Europäische Parlament hierfür eine Rückführungsrichtlinie beschlossen.

Im Jahr 2008 wurde der „Europäische Pakt zu Migration und Asyl“ beschlossen. Durch Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern wollen wir die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen. Für hochqualifizierte ausländische Arbeitskräfte ist die EU mit einem Anteil von 1,72 Prozent an der Gesamtbeschäftigung deutlich weniger attraktiv als z. B. Australien, Kanada und die USA.

Aus diesem Grund will die EU schon bald Personen, die einen gültigen Arbeitsvertrag vorweisen können, einen legalen Aufent-

*Zuwanderung steuern -
Integration fördern.*



haltstitel ermöglichen. Diese so genannte „Blue Card“ bietet sowohl für die Herkunfts- als auch die europäischen Zielländer Chancen für eine bessere wirtschaftliche, gesellschaftliche und demographische Entwicklung.

Wir unterstützen die „Blue Card“-Pläne, fordern aber gleichzeitig wirksame Maßnahmen gegen illegale Einwanderung. Ein kraftvolles Vorgehen gegen Illegalität und gleichzeitig Offenheit für dringend benötigte Hochqualifizierte sowie tatsächlich Verfolgte ist die Balance, die Europa braucht.

*EU Blue Card für
hochqualifizierte
Arbeitskräfte.*





Für eine leistungsfähige Landwirtschaft

Im globalen Wettbewerb kann die Struktur der landwirtschaftlichen Familienbetriebe wie wir sie in Deutschland kennen nur durch die einheitliche europäische Agrarpolitik geschützt werden.

Die Agrarmarkt- und Preispolitik der EU schafft verlässliche Rahmenbedingungen und faire Wettbewerbsregeln für unsere Landwirte. Außerdem bringt die EU-Agrarpolitik Unabhängigkeit der Lebensmittelversorgung und hohe Qualitätsstandards.

Aufgabe der Europäischen Union ist die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen. Dagegen müssen die Agrarstruktur und die ergänzende Einkommenspolitik weitgehend in nationaler Verantwortung liegen. Die Europäische Union muss ihre Regelungen auf das unbedingt notwendige Maß beschränken sowie vereinfachen und entbürokratisieren.

Landwirtschaft und ländliche Regionen in Europa sollen von den neuen Möglichkeiten der Produktion nachwachsender Rohstoffe profitieren können und damit gleichzeitig zu Umweltschutz und Energiesicherheit beitragen.



Das europäische Landwirtschaftsmodell muss auch im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO mit ihren strengen Subventionsmaßstäben abgesichert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die deutschen und europäischen Landwirte unter ganz anderen sozialen und ökologischen Bedingungen wirtschaften als ihre Kollegen auf dem Weltmarkt.

Auf das wichtige und unverzichtbare Instrument der Direktzahlungen, auf das insbesondere benachteiligte Regionen angewiesen sind, kann nicht verzichtet werden.

Wir setzen uns für eine Agrarpolitik ein, die verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Landwirte schafft und das Vertrauen der Verbraucher in die Lebensmittelsicherheit stärkt.



*EU-Außengrenzen
besser schützen.*

Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts

Jeder EU-Bürger kann sich innerhalb der Europäischen Union frei bewegen. Er kann leben, lernen und arbeiten, wo er möchte: Das ist europäisches Bürgerrecht.

Diese einmalige Erweiterung des Horizonts und der Chancen der Bürger Europas muss abgesichert werden. Dazu gehören auch Schutz und Rechtssicherheit für Bürger, die in einem anderen EU-Land reisen oder leben.

Die Europäische Union baut ihr Konzept des Raumes der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts deshalb kontinuierlich aus. Durch die engere Zusammenarbeit der Behörden wird ein hohes Niveau an innerer Sicherheit erreicht. Das hindert nicht, sondern schützt die Bewegungsfreiheit der Bürger Europas.

Organisierte Kriminalität, Terrorismus und international organisierte Verbrechen machen nicht an nationalen oder europäischen Grenzen halt. Deshalb setzt sich die CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament dafür ein, dass nicht nur innerhalb europäischer Grenzen Schutzmechanismen und die Zusammenarbeit ausgeweitet werden, sondern auch in enger Absprache mit Dritt-

staaten dem Terrorismus und der Kriminalität der gemeinsame Kampf angesagt wird. Erfolgreiche Ansätze wie die europäische Ermittlungsbehörde EUROPOL und die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX müssen weiter ausgebaut werden.

■ *Reisen ohne Grenzkontrollen:
Der Schengen-Raum*





*Gentechnik fördern -
ethische Grenzen
beachten.*

Forschung fördern – Werte achten

Um den Standort Europa weiter zu stärken, ist eine enge Zusammenarbeit von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik unerlässlich.

Nur so wird Europa auch künftig in den zukunftsfähigen Technologiebereichen weltweit Spitzenpositionen belegen und damit für Wirtschaftswachstum sorgen.

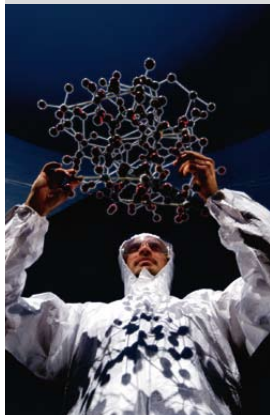
Die Abgeordneten der CDU/CSU sehen es daher als Priorität an, Forschung auf europäischer Ebene zu fördern und zu unterstützen. In manchen Gebieten der Forschung, wie zum Beispiel der Stammzellforschung, gibt es ethische Grenzen, die nicht ignoriert werden dürfen, damit es nicht zu einer Aufweichung der moralischen und rechtlichen Grundorientierung kommt.

Daher stellen wir uns einer „Forschung ohne Grenzen“ vehement entgegen. Ethische Grundprinzipien und Werte müssen gewahrt werden, da sie die Grundlage unserer Gesellschaft sind.

Unter keinen Umständen darf die Würde des Menschen und seine unbedingte Schutzwürdigkeit angetastet werden und der menschliche Körper kommerzialisiert

werden. Die CDU/CSU-Abgeordneten treten daher dafür ein, die Chancen der Gentechnik und Forschung als Schlüsseltechnologien zu sehen und zu nutzen, sie aber auf ein ethisches Fundament zu stellen.

Da sich in den letzten Jahren gezeigt hat, dass wesentliche Impulse für Spitzentechnologien von Unternehmensgründungen aus dem Hochschulbereich ausgehen, setzen sich die CDU/CSU-Abgeordneten für eine deutliche Stärkung der Innovations- und Kompetenzzentren an den Wissenschaftsstandorten ein. Dazu kann auch das Europäische Technologieinstitut (EIT) einen Beitrag leisten.



*Verbrauchende
Embryonenforschung
lehnen wir strikt ab.*

IM INTERNET

Das Informationsportal für Forschung und Entwicklung aus Europa und für die Nutzung europäischer Forschungs- und Entwicklungsergebnisse finden Sie hier: http://cordis.europa.eu/home_de.html



Mehr Investitionen für Bildung und Ausbildung.

Bessere Bildung – Bessere Chancen

Die Europäische Union und der europäische Einigungsprozess gründen sich u. a. auf gegenseitigen Respekt und Verständnis der Menschen über nationale Grenzen hinweg.

Dieser innere Zusammenhalt soll auch in Zukunft gefördert werden. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass die EU allen Menschen – ob jung oder alt – Unterstützung anbietet, sich grenzüberschreitend zu begegnen und voneinander zu lernen. Die Austauschmaßnahmen im Rahmen der Jugend- und Bildungsprogramme wie ERASMUS, COMENIUS und LEONARDO sowie die weiteren Aktivitäten im Rahmen des Programms „Lebenslanges Lernen“ tragen zu diesem Ziel bei.

Die Europäische Union hat sich in Lissabon zum Ziel gesetzt, der wettbewerbsfähigste Wirtschaftsraum der Welt zu werden, fähig zu nachhaltigem Wachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt. Innovationsfähigkeit, Qualifikationen, Wissen und Fertigkeiten sind der Schlüssel. Daher setzt sich die CDU/CSU-Gruppe für mehr Investitionen in das Lernen ein und fordert verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten



*Lebenslanges Lernen
stärker fördern.*

zur Schaffung hochwertiger Bildungsmöglichkeiten und Bereitstellung vielfältiger Lernerfahrungen.

Unser Ziel ist es, das lebenslange Lernen in die Realität umzusetzen. Menschen aller Altersgruppen müssen gleiche Chancen und freien Zugang zur Bildung haben, damit sie das Beste aus ihren Möglichkeiten machen können. Auf diese Weise kann dazu beigetragen werden, die Fundamente für die wissensbasierte Wirtschaft und Gesellschaft zu legen und gleichzeitig die soziale Integration zu fördern. Auch das Engagement der EU im Sportbereich geht in dieselbe Richtung.

Die CDU/CSU-Gruppe setzt sich dafür ein, einen effektiven Zugang zu Lernmöglichkeiten überall in der Gemeinschaft zu eröffnen und alle Hindernisse, die sich der bildungsbezogenen Mobilität in den Weg stellen, auszuräumen.

EU-Bildungsprogramme im Überblick

ERASMUS

Das bekannteste Bildungsprogramm der EU fördert seit 20 Jahren Auslandsaufenthalte von Studenten, die mindestens ein Studienjahr hinter sich haben.

<http://eu.daad.de>

COMENIUS

...unterstützt die Partnerschaft zwischen Schulen und fördert die Arbeit an europäischen Themen für Schüler aller Altersstufen.

www.kmk-pad.org

LEONARDO DA VINCI

... bietet Azubis, Studenten, jungen Berufstätigen und Arbeitslosen mit Berufsausbildung die Chance, im Ausland ein berufsbezogenes Praktikum mit Sprachkurs zu absolvieren.

www.na-bibb.de/leonardo

GRUNDTVIG

... fördert die Entwicklung von Lernpartnerschaften, innovative Produkte zur Weiterbildung, Fortbildungskurse und internationale Konferenzen. Ziel des Programms ist die Förderung der Erwachsenenbildung in der EU.

www.na-bibb.de/grundtvig_4.html

EU-JUGENDPORTAL

Das Jugendportal der EU bietet Informationen zu allen Austausch- und Förderprogrammen der EU.

www.europa.eu/youth

Generationengerechtigkeit

In der Europäischen Union haben die Senioren eine stetig wachsende Bedeutung.

Noch vor 50 Jahren waren die Senioren mit weniger als 10 Prozent ein kleiner Teil der Gesamtbevölkerung. Bis zum Jahr 2020 werden die Bürgerinnen und Bürger, die 60 Jahre und älter sind, rund 25 Prozent der Gesamtbevölkerung der EU ausmachen.

Die Seniorenpolitik liegt in erster Linie in der Kompetenz der Mitgliedstaaten. Die EU kann aber durch Informations- und Erfahrungsaustausch, durch die Kommunikation und Vermittlung unterschiedlicher Problemlösungsansätze in den einzelnen Mitgliedstaaten dazu beitragen, optimale Strategien zur Bewältigung der Folgen des demografischen Wandels zu erarbeiten.

Für CDU und CSU gilt dabei das Prinzip der Generationengerechtigkeit: Einerseits ist es unumstritten, dass die jüngere Generation nicht über Gebühr belastet werden darf, andererseits gilt aber auch: Die Generationen, die den heutigen Wohlstand durch ihre Arbeit überhaupt erst ermöglicht haben, haben aufgrund ihrer Lebensleistung auch im Alter ein Anrecht auf ein Leben in Würde und Wohlstand.



*Herausforderungen
des demografischen
Wandels annehmen.*



Weitere nützliche Internetadressen

Internetportal der Europäischen Union
www.europa.eu

Europäisches Parlament
www.europarl.europa.eu

Europäisches Parlament, Informationsbüro für
Deutschland
www.europarl.de

Europäischer Bürgerbeauftragter
www.ombudsman.europa.eu

Rat der Europäischen Union
www.consilium.europa.eu

Europäische Kommission
www.ec.europa.eu

Der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
www.curia.europa.eu

Europäische Zentralbank
www.ecb.europa.eu

Europäischer Rechnungshof
www.eca.europa.eu

Ausschuss der Regionen
www.cor.europa.eu

Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss
www.eesc.europa.eu

Impressum

Diese Publikation ist Teil der Informationskampagne „Europe’s driving force“ der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament.

Herausgeber:
CDU/CSU-Gruppe in der EVP-ED-Fraktion
im Europäischen Parlament

Platz der Republik 1
11011 Berlin

Für den Inhalt verantwortlich:
Dr. Werner Langen MdEP,
Markus Ferber MdEP

Redaktion:
Stephan Mock

Gestaltung:
www.lfgberlin.de

Fotos:
Europäisches Parlament

Printed in Germany



Das Europäische Parlament in Straßburg



Für Sie in Europa.
CDU/CSU-Gruppe
im Europäischen Parlament



Sprechen Sie uns an:

W 60, Zi. 0.61
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 22 77 57 75
Fax: 030 / 22 77 69 58

info@cducsu.eu
www.cducsu.eu

www.cducsu.eu